

Aktion Arbeit und Diözesan-Caritasverband begrüßen die Fortführung von ASaar

Die neue saarländische Landesregierung aus CDU und SPD hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass das Landesarbeitsmarktprogramm „Arbeit für das Saarland – ASaar“ fortgeführt und weiterentwickelt werden soll.

Die Aktion Arbeit und der Diözesan-Caritasverband Trier begrüßen diese Entscheidung. Dadurch wird es im Saarland möglich, vielen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen weiterhin die Chance auf Arbeit zu eröffnen. „Das Recht auf Arbeit muss für alle Wirklichkeit werden. Daher begrüßen wir die Absicht der neuen Landesregierung daran festzuhalten, das Saarland als Modellregion einzurichten und die Umsetzung des Passiv-Aktiv-Transfers (PAT) beim Bund offensiv einzufordern“, so Diözesan-Caritasdirektorin Dr. Birgit Kugel. Die Grundidee des PAT ist es, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Dafür werden alle Geldmittel, die ein Hartz IV-Empfänger erhält, zusammengefasst und nutzbar gemacht für die Finanzierung eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses. Mit dem integrierten Arbeitsmarkt hat die Aktion Arbeit jüngst einen Konzeptvorschlag unterbreitet, der hier ansetzt und einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik vorschlägt. „Die Bewältigung der Arbeitslosigkeit ist Aufgabe einer recht verstandenen Wirtschaftspolitik und nicht bloß eine Fürsorgeaufgabe der Sozialpolitik“, so Dr. Hans-Günther Ullrich, Bischöflicher Beauftragter der Aktion Arbeit. „Wir schlagen daher einen integrierten Arbeitsmarkt vor, mit stabilen Rahmenbedingungen, ohne abgeschottete Nischen und ohne „Maßnahmen“-arbeitsplätze. Der allgemeine Arbeitsmarkt sollte als integrierter Arbeitsmarkt sozial ausgestaltet werden und allen die Möglichkeit auf Teilhabe durch Arbeit ermöglichen.“

Das Konzept vom integrierten Arbeitsmarkt war am 09.03.2017 in Berlin von Bischof Dr. Stephan Ackermann vorgestellt wurden. Mit dabei waren die beiden Ministerpräsidentinnen von Rheinland-Pfalz und Saarland, Malu Dreyer und Annegret Kramp-Karrenbauer. Beide schlugen eine modellhafte Umsetzung in ihren Bundesländern vor. Weitere Informationen unter <http://www.bistum-trier.de/news-details/pressdienst/detail/News/dauerhaft-integriert-statt-segmentiert/>